

## Wahlprüfstein Mother Hood e. V.

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p><b>Finanzierung Geburtshilfe</b></p> <p>Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um den hohen zeitlichen und personellen Aufwand einer familienzentrierten Geburtshilfe finanzierbar zu gestalten und wie können Personalkosten bedarfsgerecht und unabhängig von Fallpauschalen vergütet werden?</p>	<p>Paare, die sich für Kinder entscheiden, brauchen Versorgungssicherheit und die freie Wahl des Geburtsortes. Ob nun stationär oder ambulant in der Klinik, im Geburtshaus oder in den eigenen vier Wänden. Die klinische Geburtshilfe leidet vielerorts unter einer mangelnden Refinanzierung der notwendigen Vorhaltekosten und daraus resultierend unter Unterfinanzierung. Die SPD wird das System der Fallpauschalen auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen. Die Grundkosten der Krankenhäuser werden wir angemessen finanzieren. Für eine gute Geburtsbegleitung ist ein Betreuungsschlüssel für Hebammen notwendig, der eine Eins-zu-eins-Betreuung im Kreißaal vorsieht. Auch die Geburtshilfe muss aus dem System der „diagnosebezogenen Fallpauschalen“ entlassen werden.</p>
<p><b>Evidenzbasierten Qualitätskriterien für die Geburtshilfe</b></p> <p>Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um die Weiterentwicklung von evidenzbasierten Qualitätskriterien für die Geburtshilfe voranzubringen (z. B. durch Auftrag an den Gemeinsamen Bundesausschuss)?</p>	<p>Die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität in der Versorgung ist ein zentrales gesundheitspolitisches Anliegen der SPD. Es ist eine fortlaufende Aufgabe, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Qualitätssicherung und -entwicklung zu verbessern. Zahlreiche Qualitätssicherungsinstrumente sowohl für den ambulanten als auch für den stationären Bereich sowie einrichtungs- und sektorenübergreifend sind inzwischen etabliert und werden laufend evaluiert und weiterentwickelt. Die SPD ist für ergänzende oder neue Vorschläge und Überlegungen sehr offen, das schließt auch eine mögliche</p>

	Beauftragung des G-BA in Bezug auf die Geburtshilfe ein.
Erfassung von Geburtsschäden und Müttersterbefällen	
Um Aussagen über die Qualität der Geburtshilfe treffen zu können, müssen Geburtsschäden und Müttersterbefälle nach Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation erfasst und zentral aufgearbeitet werden. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei zur Datenerfassung/ Auswertung von Geburtsschäden?	Das Fehlen einer aussagekräftigen Datenbasis über das Behandlungsfehlergeschehen in Deutschland wird seit Jahren von verschiedenen Akteuren im Gesundheitswesen beklagt, beispielsweise vom Aktionsbündnis Patientensicherheit, den Krankenkassen, dem Medizinischen Dienst. Zuletzt hat das Institut für Qualität und Patientensicherheit in seinem Gutachten zu den Ursachen von Geburtsschäden bei von freiberuflich tätigen Hebammen betreuten Geburten auf die Notwendigkeit eines nationalen Behandlungsfehlerregisters hingewiesen. Die SPD setzt sich seit Jahren für die systematische, transparente Erfassung von unerwünschten Ereignissen und Schadenfällen sowie für eine veränderte Fehlerkultur und ein effizientes Lernen aus Fehlern ein. Leider waren CDU und CSU hier nicht zum Handeln bereit.
Absicherung von Geburtsschäden	
Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um Geburtsschäden angemessen abzusichern, zum Beispiel durch die Neuregelung der Haftpflichtsituation in der Geburtshilfe?	Mit den Regelungen zum Sicherstellungszuschlag für einen Ausgleich der Kosten für Berufshaftpflichtversicherungspolice durch die gesetzliche Krankenversicherung konnten und können geburtshilflich tätige Hebammen dauerhaft entlastet werden. Der Gesetzgeber hat die Krankenkassen außerdem dazu verpflichtet, die ihnen durch Geburtsfehler entstehenden Heilbehandlungskosten nicht mehr bei den Haftpflichtversicherungen geltend zu machen. Seitdem trägt – außer in Fällen grober Fahrlässigkeit – die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung über ihre Kassenbeiträge den Großteil der

	Schadenssummen. Das hat die Haftpflichtversicherungsprämien für Hebammen zwar stabilisiert. Dennoch ist die Frage nach einer bezahlbaren Berufshaftpflichtversicherung für alle Gesundheitsberufe weiter konzeptionell zu prüfen und zu beraten.
Gewalt in der Geburtshilfe	
Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei zur Umsetzung der sog. "Istanbul-Konvention" zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Bezug auf Gewalterfahrungen während der Geburt? Erkennt Ihre Partei Gewalt in der Geburtshilfe als Gewalt gegen Frauen an?	Für die SPD hat die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und der Schutz sowie die Unterstützung der Betroffenen oberste Priorität. Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention verpflichtet sich Deutschland auf allen staatlichen Ebenen, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten. Die SPD setzt sich für die vollständige Umsetzung des Übereinkommens ein. Gewalt gegen Frauen muss immer bekämpft werden und selbstverständlich auch im Kontext der Geburtshilfe.
Bedarfs- und bedürfnisgerechte Geburtshilfe	
Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, damit die Versorgung von Familien mit geburtshilflichen Angeboten an ihren Bedürfnissen bedarfsgerecht und wohnortnah gestaltet werden kann? Inwieweit fördert Ihre Partei sektorenübergreifende Versorgungsmodelle von klinischen und außerklinischen Angeboten?	Eine bessere Kooperation und Verzahnung der verschiedenen Versorgungsangebote sind vor allem über die nach wie vor bestehenden Sektorengrenzen hinweg dringend erforderlich. Es sollten deshalb endlich die notwendigen Anreize geschaffen werden, um die sektorenübergreifende Versorgung im Sinne einer bedarfsorientierten Versorgung zu entwickeln. Das schließt die Geburtshilfe ein. Es gibt viele gute Vorschläge, auch aus einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die endlich abgearbeitet werden müssen.
Schwangerenvorsorge	
Schwangere haben Anspruch auf Schwangerenvorsorge von Hebamme und Gynäkolog:in (SGB V, Art. 1.). Die Mutterschaftsrichtlinien können jedoch dagegen interpretiert werden. Gynäkolog:innen lehnen Frauen in Hebammenbetreuung ab.	Für die SPD stehen die Interessen der schwangeren Frauen im Vordergrund. Hebammen sind die Fachkräfte für Geburtshilfe. Sie verfügen über die Kompetenz und die rechtliche Befugnis, eigenverantwortlich Geburten zu betreuen. Gleichzeitig ist anzuerkennen,

<p>Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um diese Normenkollision zu beheben?</p>	<p>dass sich auch viele schwangere Frauen die ärztliche Begleitung wünschen. Deshalb sollte es nicht um ein Entweder - Oder sondern um eine gute Kooperation zwischen Hebammen und Ärzt:innen auf Augenhöhe, gehen. Die SPD wird sich, wo immer das möglich ist, dafür einsetzen, das klarzustellen.</p>
<p>Pandemiepläne in Bezug auf Geburtshilfe</p>	
<p>Welche Maßnahmen ergreift ihre Partei, um in künftigen Pandemieplänen die Bedarfe und Bedürfnisse von Familien während Schwangerschaft, Geburt und früher Kindheit zu berücksichtigen, etwa bei Maßnahmen im internen Krankenhausmanagement?</p>	<p>Die Corona-Pandemie hat die stationäre Versorgung insgesamt und damit auch die Gynäkologie, die Geburtshilfe und die Kinderheilkunde stark belastet. Auf allen Ebenen - Bund, Länder, Kommunen, Krankenhausträger, Krankenkassen - werden Schlüsse für eine bessere Vorbereitung auf künftige Pandemien gezogen. Aus Sicht der SPD hat die Pandemie die Dringlichkeit einer Reform der Krankenhausstrukturen aufgezeigt. Wir brauchen einen echten Perspektivwechsel, hin zu einer patientenzentrierten Versorgung. Die Fachkräftesicherung und die Schaffung von Bedingungen für einen effizienten Einsatz der vorhandenen personellen Ressourcen sind ebenso vordringliche Aufgaben. Auch die Bevorratung von Sanitätsmaterial und Schutzausrüstung sind notwendig, um die Versorgung auch in der stationären Gynäkologie, Geburtshilfe und Kinderheilkunde unter den Bedingungen einer Pandemie bedarfsgerecht aufrecht erhalten zu können.</p>